

„Der Courier“

Ein Organ deutsch sprechender Kanadier. Erscheint jeden Mittwoch.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. A. Macgregor, Redakteur: J. J. Schaeffer, Druckerei: Regina, Saskatchewan, Kanada. Preis: 10 Cents pro Woche.

Table with 4 columns: Subscription rates for different regions (Canada, U.S., Europe, Foreign) and advertising rates.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada. To reverse its laws and inspire others to respect and obey them. To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty.

Hängend und bangend in schwebender Pein

Man sagt nicht umsonst, daß nichts so furchtbar ist wie die Ungewißheit; jene Ungewißheit, die aus Furcht vor einer herannahenden Katastrophe sich wie ein Alpdrück auf die Gemüter der davon Betroffenen legt.

Von dem Tage an, da ungesegelte bedrohliche Nachtstürme die himmelstreichenden Reparationen diffundierten, gingen Deutschland, Österreich und Ungarn mit Riesenschritten ihrem Ruin entgegen. Wie ein verlauschtes, schmerzhaftes Ungeheuer, umfingende, erdrückende und zermalmende die Reparationen die moralische und wirtschaftliche Kräfte ihrer Opfer.

Im Haag.

Wenn wir an dieser Stelle letzte Woche auf die merkwürdige Arie, den Mangel an Entschlossenheit und den Mangel der sonst üblichen Trostreden...

Frankreich.

Wie es um die Bildung des angeblich so hochgebildeten französischen Volkes tatsächlich steht, haben in der letzten Nummer die Zeitschriften in Dijon, Chalons-sur-Marne und Grenoble in den letzten beiden Jahren ergeben.

Ein Ausblick.

In der Kammer der Deputierten hat sich wieder einmal eine alte französische Szene abgelebt. Auf die Interpellation eines Kommunisten der Poincaré-Kriegsschuld bezog, hielt der glückseligste Biwani eine leidenschaftliche Rede, in der er ausrief: „Wenn jemand am Krieg schuld ist, bin ich es.“

nach, daß England sich auf eigene Faust russische Konventionen zu erlangen sucht, ohne sich um Frankreich zu kümmern, wels letzteres sich an die Stadtschloß Castel Sams, der die Sowjetregierung nun einmal durchaus nicht anerkennen willens ist, anzuschließen scheint.

Der rüht ab?

Der Völkerverbund hat bekanntlich auch eine Kommission für Abrüstungszwecke ernannt, welche in Genf zu einer Sitzung zusammengetreten ist. Was man damit zu erreichen hofft, ist nicht ganz klar, da die hauptsächlichsten Militärmächte des Völkerverbundes an alles andere als eine Abrüstung denken.

Gründlich überprüft haben nur die Zentralmächte, und zwar auf Geheiß der Alliierten, denen sie dadurch auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Ihre Maßnahmen auf ein bescheidenes Maß zurückzuführen haben England, Italien und die Vereinigten Staaten.

Die britische Propaganda hatte bekanntlich das Schlagwort vom deutschen Militarismus geprägt, der die ganze Welt zu unterjochen trachte und daher als gemeinheitsfeindlicher aller Völker bekämpft werden müsse.

Irland.

Die Schlacht in Dublin nähert sich ihrem Ende. Nach ungeheuren Menschenverlusten und Millionen zählendem Eigentumsverlusten sowie der Gefangennahme einiger 800 Regularer, kann der Sieg der Freiwiliger als gesichert betrachtet werden.

Frankreich.

Wie es um die Bildung des angeblich so hochgebildeten französischen Volkes tatsächlich steht, haben in der letzten Nummer die Zeitschriften in Dijon, Chalons-sur-Marne und Grenoble in den letzten beiden Jahren ergeben.

Ein Ausblick.

In der Kammer der Deputierten hat sich wieder einmal eine alte französische Szene abgelebt. Auf die Interpellation eines Kommunisten der Poincaré-Kriegsschuld bezog, hielt der glückseligste Biwani eine leidenschaftliche Rede, in der er ausrief: „Wenn jemand am Krieg schuld ist, bin ich es.“

lieh. — Auch wir können nicht umhin, zu diesem Schwindel unsere „verwundernde Bewunderung“ auszudrücken.

Die kommunistische „Humanität“ in Paris veröffentlicht einen Brief Poincarés an den russischen Jaren vom 20. März 1922. Nach der Darstellung der „Humanität“ sollte er das Beglaubigungsschreiben DeLafosse bei dessen Amtsantritt als Botschafter in Petersburg ergänzen.

Unter der Überschrift: „Viel! bepredigen die Neuen Züricher Nachrichten (Nr. 143) zwei französische Prosidieren Nath Worbardt, Die Ursachen des Krieges (Gesellschaft für dokumentarische und kritische Kriegsgeschichte, Paris VI, 8 rue Rouvier-le-Prince), und Neue Worbardt, Das Schwarzbuch (Paris, Librairie du Travail, Quai de Jemmapes 96).

In einem Leitartikel des Pariser Blattes „L'Humanité“, lesen wir: „Man schäme sich an, gemäßigtere, vernünftige Vorschläge zu formulieren. Poincaré aber laßt, kein! Er ist der Mann der unbegrenzten Verrücktheit (imammire) des Rheinlandes, der Befehl des Ausgabes und der ausschließlichen Anwendung der Gewalt.“

Der neue Kanzler Zeil drückt sich folgendermaßen über die wirtschaftliche Lage Österreichs aus: „Unser erste Pflicht ist, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen. Wir hoffen dies fertig zu bringen, indem wir uns ummöglich notwendiger finanzieller Unterstützung von außen und dann durch Wiederherstellung des Vertrauens der Welt in Österreichs Vermögenssystem und seine politische Lage.“

Die Bildung der österreichischen Bank und eine internationale Anleihe sind als der Finanzplan des jetzigen Kabinetts bekannt. Dieser wird jetzt im Parlament erörtert. Das letzte Budget des Staatspräsidenten ist 400,000,000,000 Kronen.

Die ungarischen Staaten sind nach dem amtlichen Staatenhandbuch vom 14. Juni infolge der Trodenheit der letzten Wahlen rückständig, doch haben die mehr oder minder ausgiebigen Regime der letzten Tage die Lage ein wenig gebessert.

Als der Friede von Trianon unterzeichnet worden war und die Staatsmänner Ungarns, voran Graf Apponyi, aller Welt erklärte, daß noch nie eine größere Ungerechtigkeit begangen worden sei, schien es, daß auch die Entente ein gewisses Einsehen habe und daß die ungarischen Delagierten gleichsam als letzte Hoffnung die sog. Bantelente des Friedensvertrages mit.

Der polnische Banden wurde ein Ueberfall auf die Stadt Hindenburg in Oberschlesien gemacht, aber die Polen wurden mit etlichen Verlusten von einer deutschen Selbstschutzkompanie abgewiesen.

Belgrad einlegen werden. Gerade solche Gerüchte freierten noch die Hoffnungen der Ungarn auf höchste. Um so größer ist jetzt die Niedererschlagenheit, da nach den langen und fünfzigstündigen Unterhandlungen der ganze Gewinn sich auf 576 Quadratkilometer mit 37,000 Einwohnern beschränkt, allerdings ohne die noch nicht abgeschlossenen Retzifikationen an der ungarisch-schlesischen Grenze.

Die Regulierungskommission der Grenze gegen die Tschekoslowakei, wegen welcher die ungarische Bevölkerung am erregtesten ist, hat ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Aber nach dem, was verlautet, dürfte auch hier eine bittere Enttäuschung zu erwarten sein.

Die allrussische Volksauskunft hat die Todesstrafe als eine dauernde Einrichtung aufgehoben. Als eine zeitweilige Maßnahme, im Falle einer Gegenrevolution, dürfen aber die Revolutionstribunale die Todesstrafe solange verhängen, bis der Ausschuss sie für nicht mehr notwendig erklärt.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Deutschen den nördlichen Teil der Stadt besetzt hatten, zu einem erbitterten Kampf gekommen, in dessen Verlauf beide Seiten Verluste hatten. Auf Verhörungen, die seitens der Franzosen herangezogen wurden, wurde dann ein Angriff seitens der deutschen Selbstschutztruppen gemacht und es kam zu erneuten Straßenkämpfen, bis schließlich die Franzosen sich in ihre Kasernen zurückzogen.

Die Entfernung französischer Truppen aus besetztem Gebiet verlangt. Dies verlangt im Zusammenhang mit Forderungen auf summarische Verhaftung eines marokkanischen Soldaten, welcher der Ermordung eines jungen deutschen Mädchens nahe Jähling beschuldigt ist. Der Soldat soll das Mädchen vergewaltigt und erschossen haben.

Werner Tschow der in Frankfurt a. O. verhaftete Ueberflieger, soll, wie behauptet wird, dem biesigen Polizeipräsidenten Richter bei seiner Ueberführung nach der biesigen Stadt besetzt haben, daß er Kenntnis von dem Attentat gehabt, das zur Ermordung des Auslandsministers Rathenau geführt, und daß er tatsächlich das Automobil gelenkt, von dem aus die verhängnisvollen Schüsse auf den deutschen Auslandsminister abgegeben wurden.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.

Die polnische Regierung hat die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben. Die Todesstrafe für den Mord an einem polnischen Soldaten in der Provinz Lublin aufgehoben.